

Das Sterben Europäischer Werte an den EU- Außengrenzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freundinnen und Freunde,

aus meiner Sicht sind insbesondere in Bezug auf Flüchtlinge und Migranten die Werte wertlos geworden, die unsere Vorväter in dem deutschen Grundgesetz verankert haben, und die auch später auf die europäische Ebene übertragen wurden. Sie finden fast keine Beachtung mehr auf der politischen Ebene .

Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik ist – so uneinheitlich sie auch je nach Land sein mag- von einem alles beherrschenden Sicherheitsdenken, von einer Politik der Abwehr und des Ausgrenzens, teilweise sogar der Diffamierung gekennzeichnet.

Wie Sie wissen, wird das Asylrecht nicht nur in unserem Land immer mehr eingeschränkt –ganz gelegentlich gibt es auch einmal eine Änderung, die aus Sicht der Flüchtlinge und Migranten als positiv zu bezeichnen ist -aber das ist wirklich eine extreme Ausnahme. Oft wird etwas, was das Flüchtlingsrecht stärkt, kurz danach durch den Gesetzgeber wieder kassiert. Das haben wir insbesondere in diesem Jahr deutlich erleben müssen.

Inzwischen ist es so weit, dass unser Grundgesetz, die Europäische Menschenrechtskonvention, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, aber auch die Genfer Flüchtlingskonvention, die einen Teil der Menschenrechte für diesen Personenkreis der Flüchtlinge umsetzt, unter den Vorbehalt gestellt werden, ob sie in unser System des Sicherheitsdenkens und der Ausgrenzung von Flüchtlingen und Migranten passen. Die europäischen Werte stehen, wenn es um die Flüchtlinge geht, bei den Politikern zur Disposition und das nicht nur bei den Rechtsextremen wie in Ungarn oder Polen, der AFD oder der Front National. Unsere Politiker scheinen nicht wahrzunehmen, dass sie durch Diskriminieren nicht etwa den Rechtspopulistischen und Rechtsradikalen die Stimmen nehmen, sondern sie ganz im Gegenteil fördern, denn warum sollte ein Bürger die Kopie wählen, wenn das Original auch zur Wahl steht. Wenn Migration und Flucht in der deutschen Bevölkerung nicht so positiv besetzt wären- Gott sei Dank – dann gäbe es noch einen größeren Kahlschlag seitens der Politik, was im Moment noch nicht gewagt wird.

Wenn ich die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik betrachte, wofür Deutschland ja eine

hohe Verantwortung trägt und neben anderen als ein Bremser einer menschenwürdigeren Flüchtlingspolitik bekannt ist, dann hat unser Land den Friedensnobelpreis zu Unrecht erhalten.

Ich wage sogar zu sagen, Deutschland und Europa führen einen Krieg gegen Flüchtlinge und Migranten. Europa und Deutschland haben sich in Flüchtlinge und Migranten einen Feind geschaffen, dem sie den Krieg erklärt haben.

Das staatliche Flüchtlingsrecht ist reduziert auf die Verfolgung aus politischen Gründen wegen der Hautfarbe, der Religion oder des Geschlechts, aber das deutsche und auch das europäische Flüchtlingsrecht berücksichtigen einen Teil der Fluchtursachen wie Hunger, extreme Armut, fehlende Teilhabe überhaupt nicht. Somit gibt es auch für diese Ursachen bei uns kein Bleiberecht.

Kirchen und Flüchtlingsorganisationen vertreten hier eine gegenteilige Position. Wir treten dafür ein, dass auch diese Gründe eine Fluchtursache sind und dass auch diesen Menschen ein Bleiberecht zugestanden werden muss. Grundlage für uns sind die Menschenrechte. Ohne Einhaltung auch der kulturellen

und sozialen Menschenrechte kann und wird es keine Weltfriedensordnung geben.

Dabei ist es völlig gleichgültig, wo auf unserer Erde die Menschenrechte verletzt werden, was in der Politik auch oft nicht verstanden wird. Menschenrechte sind universal. Gerade in Zeiten der Globalisierung, in denen auch immer mehr und immer öfter Menschenrechte verletzt werden, liegt die Verantwortlichkeit für deren Einhaltung bei allen Staaten und Staatenbündnissen, allen Unternehmen, aber auch bei jedem einzelnen von uns in seinem Konsumverhalten.

Für den Krieg gegen die Flüchtlinge trägt Europa und damit auch Deutschland eine große Verantwortung. Hier einige eklatante Beispiele dafür, dass europäische Werte nicht respektiert werden:

- Die Außenbeauftragte der EU, Mogherini, hat vor dem UN-Sicherheitsrat verdeutlicht, dass von den Flüchtlingen eine Bedrohung des Weltfriedens ausgehe und dass sie auch eine Gefahr für die internationale Sicherheit bedeuteten.

Deshalb plädierte sie im UN-Sicherheitsrat dafür, dass die Weltgemeinschaft zum Äußersten greifen

müsste, nämlich zu einem UN- Militärmandat, das staatliche Souveränität beiseite wischt.

Sie erhoffte dafür ein UN-Mandat für eine militärische Intervention laut Chapter 7 der UN-Charta zu erhalten.

Die Aktion von Frau Mogherini erfolgte mit ausdrücklicher Genehmigung durch die Mitgliedsländer der EU. Ihr Vorstoß scheiterte, weil Russland und China ein Veto einlegten.

Erzielen wollte sie damit, dass Schiffe in den Hoheitsgebieten der nordafrikanischen Länder aufgebracht werden dürften und dass auch europäisches Militär in Form von Stoßtruppen auf das Territorium der nordafrikanischen Länder eindringen dürften. Dies war vor allem auf Libyen gemünzt.

Frau Mogherini unternahm auch den Versuch, von den beiden in Libyen herrschenden Gruppierungen eine Zustimmung zu ihrer Idee zu bekommen, womit sie auch keinen Erfolg hatte.

Die Außen- und Verteidigungsminister der EU haben sich in der 21. Woche in 2015 getroffen, um

alternativ die neue Militäraktion „EURNAVFOR MED“ zu beschließen.

Diese Aktion bedeutet das Aufbringen von Schlepperbooten und Luftangriffe im Mittelmeer.

Einen Nutzen aus Sicht der Außen- und Verteidigungsminister kann ich nicht feststellen und die völkerrechtliche Zulässigkeit ist sehr fraglich.

Trotz dieses Einsatzes sind bis Ende November 2015 mehr als 1 Million Flüchtlinge über das Meer nach Europa gekommen. Dieses Programm, wenn es konsequent umgesetzt würde, wäre mit nicht unerheblichen Kollateralschäden verbunden.

Wie soll das Militär gegen Schlepper vorgehen, wenn sich auf einem Schiff auch Flüchtlinge befinden, ohne diese zu gefährden?

Teil dieser Militäraktion war auch die Verdoppelung der Gelder für Frontex.

Welche Aufgabe Frontex hat, hat Anfang des Jahres der Vizedirektor jener Organisation deutlich gesagt. Sie haben die Grenzen zu überwachen und nicht Flüchtlinge zu retten.

Das wird noch durch den Brief vom 10.Dezember 2014 des Frontex -Direktors Klaus Rösler an die italienische Regierung unterstrichen, indem er sie auffordert, keine Marineboote mehr in nordafrikanische Gewässer zu schicken und nur Notrufen innerhalb der 30 Meilen-Zone nachzukommen.

Ist das nicht schon weit mehr als unterlassene Hilfeleistung, denn die Verweigerung der Lebensrettung geschieht geplant und vorsätzlich.

Das massive Sterben im Mittelmeer in der Verantwortung der EU geht weiter. Das Menschenrecht auf Unversehrtheit wird damit offensichtlich von Deutschland und der EU missachtet.

- Seit 1993 gibt es einen Zaun um die spanischen Enklaven Melilla und Ceuta, der zum größten Teil mit EU-Mitteln gebaut und immer martialischer gestaltet wurde.

Dieser Zaun ist ein exemplarischer Baustein zum Ausbau der militärischen Festung gegen die Flüchtlinge.

Heute steht Tag und Nacht alle 200 Meter vor dem Zaun vor Mellila ein bewaffneter marokkanischer Posten , dahinter gibt es einen Streifen von hin- und her gespannten Drähten auf Schienbeinhöhe, die verhindern sollen, dass Flüchtlinge einen Anlauf nehmen können, darauf folgt ein wahrscheinlich fünf Meter breiter und ebenso tiefer Wassergraben. Der Aushub wurde hinter dem Graben zu einem steilen hohen Hügel aufgetürmt.

Hinter dem Wassergraben gibt es einen zwischen 6 und 7 Meter hohen Zaun, der mit dem todbringenden Draht Concertina 22 der Firma European Security Fencing ausgestattet ist.

Dieser Draht hat alle 3,4cm eine rasiermesserscharfe 22mm breite Klinge, die mühelos Sehnen, Muskeln, Adern und Venen durchschneidet.

In diesem Draht sind schon viele Menschen verblutet. Die spanische Polizei hat 2014 erklärt, ihr wäre es nicht zuzumuten, immer wieder blutende Körper aus dem Draht zu schneiden.

Diese mörderischen Maßnahmen der EU und Marokkos haben nicht dazu geführt, dass weniger

Menschen versucht haben, über diesen Zaun Europa zu erreichen.

Die Flüchtlinge stürmen mit mehreren Hundert oder Tausend diese Festung Europa, auch wenn die Grenze immer martialischer aufgerüstet wurde.

So ist es 2015 etwa 4.000 Flüchtlingen gelungen, über die Zäune europäischen Boden zu erreichen – 2014 war es etwa nur die Hälfte, obwohl die marokkanische Polizei seit Januar 2015 wahrscheinlich auf Geheiß der EU völlig widerrechtlich Flüchtlinge in den Süden Marokkos in Internierungslager verschleppte.

Flüchtlinge lassen sich nicht durch Festungen aufhalten, sie werden weiterhin zu uns kommen.

Entgegen internationalem Recht – die Genfer Flüchtlingskonvention- schieben spanische Sicherheitskräfte reihenweise Flüchtlinge, die es bis nach Spanien geschafft haben, nach Marokko zurück, ohne dass sie eine Chance gehabt haben, einen Asylantrag zu stellen (illegale Push Back Aktionen). Das spanische Parlament hat diese Aktionen ausdrücklich durch ein Gesetz gebilligt. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Genfer

Flüchtlingskonvention. Außer

Menschenrechtsorganisationen hat niemand diese Haltung kritisiert.

Neuerdings sind die Zäune mit Selbstschussanlagen für Tränengas ausgestattet. Geradezu grotesk wirken Bilder von über den Zaun fliehenden Flüchtlingen, wobei gleichzeitig auf der spanischen Seite des Zaunes Menschen unbeeindruckt Golf spielen. Der Golfplatz wurde mit EU-Mitteln finanziert .

- Am Beispiel Marokko möchte ich auch deutlich machen, dass Europa nur die Verhinderung der Einreise von Flüchtlingen interessiert. Marokko gilt als der zuverlässigste Partner für Europa.

Europa interessiert offensichtlich überhaupt nicht, wie Marokko diese Arbeit leistet. Es gilt das Motto: Hauptsache, wir machen uns die Hände nicht schmutzig.

Europa kann aber nicht sagen, die massiven Menschenrechtsverletzungen in Marokko seien unbekannt. Bisher gab es jedoch keine öffentliche politische Verlautbarung, die diese grausame Behandlung verurteilt hätte.

Hier ein Beispiel für gravierende Verstöße gegen Menschenrechte in Marokko

Flüchtlinge werden immer einzeln, immer nachts, immer ohne Schuhe, meist ohne Essen und Trinken, ohne Papiere, ohne Geld, ohne Handys, in Einzelfällen splitternackt in der Wüste im Norden Marokkos auch bei Temperaturen um den Gefrierpunkt ausgesetzt.

Es sollen jedes Jahr Zehntausende sein. Das betrifft auch Frauen, die gerade ein Kind geboren haben.

Mit Waffengewalt werden die Menschen über die algerische Grenze getrieben. Die Sicherheitskräfte hoffen, dass sie den Weg zurück nicht finden oder, da es eine steinige Wüste ist, dass die Füße so zerschunden sind, dass sie nicht weiterlaufen können.

Das bedeutet auf jeden Fall einen sicheren grausamen Tod.

Seit Herbst 2014 gibt es in Marokko zusätzlich auch noch eine andere Strategie gegen die „Sans Papiers“ .

Da die Flüchtlinge vom Norden Marokkos aus Europa, bzw. die Enklaven Spaniens, Mellila und Ceuta zu erreichen versuchen, zerstört die

marokkanische Polizei systematisch die vielen illegalen Flüchtlingslager und deportierte die Flüchtlinge erst nach Casablanca und Rabat, wo sie mittellos, teilweise verletzt, einige sogar schwerverletzt, ausgesetzt wurden.

Im Januar 2015 erfolgte die Deportation nach Fès und etwa ab Februar in provisorische Internierungslager ganz im Süden Marokkos, wo die Flüchtlinge völlig abgeschirmt viele Wochen leben mussten – selbst Rechtsanwälte hatten keinen Zugang- bevor sie völlig mittellos auf die Straße gesetzt wurden.

- Das Mittelmeer wurde mit Grenzsicherungsanlagen im Rahmen des Eurosur Projekts durchzogen. Das hat Hunderte Millionen Euros gekostet.

Diese Systeme dienen keineswegs dazu, Schiffsbrüchige eher zu entdecken und zu retten, sondern einzig und allein dazu, Flüchtlinge eher zu sichten, um sie daran zu hindern, sich in Richtung Europa zu bewegen.

Dies hatte nicht zur Folge, dass sich weniger Menschen auf den Weg machten, sondern dass sie

entweder andere Wege suchten oder in Kinderschlauchbooten oder um die Brust geschlungenen Schläuchen von Motorädern versuchten, das spanische Festland oder die Häfen von Ceuta und Mellila zu erreichen.

Diese kleinen Schlauchboote kann das Eurosur-system nicht orten. Natürlich ist die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer sicher nicht zurückgegangen . Weder Medien noch Politik reagieren auf viele Einzelfälle mit jeweils wenigen Toten. Das sieht anders aus, wenn viele Menschen gleichzeitig ertrunken sind, weil das dann auch medienwirksam ist. In der letzten Augustwoche sanken zwei Schiffe mit Flüchtlingen in der Nähe des marokkanischen Strandes. Es gab mindestens 120 Tote. In der deutschen Presse fand man dazu noch nicht einmal eine Zeile.

Der Beschuss mit Gummigeschossen von schwimmenden Flüchtlingen durch marokkanische und spanische Polizei führt oft unmittelbar zum Tod, weil die Flüchtlinge, wenn sie am Kopf getroffen werden, oft bewusstlos werden und dann ertrinken.

Jedes Jahr sterben auf diese Weise mehr Menschen als in der gesamten Zeit der deutsch-deutschen Grenze.

- Die Gespräche der zur Europäischen Nachbarschaftspolitik gehörenden Länder werden –es gibt viele Ausschüsse- stets nichtöffentlich geführt und man kann halt nur an den Maßnahmen erkennen, dass es gar nicht darum geht, Flüchtlinge zu integrieren, sondern ausschließlich darum, sie auszugrenzen und alles unter dem Sicherheitsgesichtspunkt zu sehen.

Jedes Jahr bekommt Marokko Hunderte von Millionen Euros, die nicht zweckgebunden sind. Europa erkauft sich damit die Sicherung der EU-Grenze. Mehr als 6.500 marokkanische Sicherheitskräfte sind für die EU im Einsatz.

Vor zwei Jahren wurden auch noch die wenigen Waldflächen in Strandnähe gerodet, um früher Flüchtlinge erkennen zu können.

2013 wurde bekannt, dass zwischen Marokko und der EU vereinbart wurde, dass alle papierlosen Afrikaner, die über Marokko nach Europa gelangt sind, nach Marokko abgeschoben werden sollen.

Dagegen sollte es für die Marokkaner Visaerleichterungen geben. Das ist bisher nicht umgesetzt, würde aber zu einer Katastrophe in Marokko führen.

Gleichzeitig plant de Maizière in Marokko als Pilotprojekt ein Asylzentrum zu errichten. Damit würde de Maizière das Gelingen, was schon einige seiner Vorgänger versucht haben: die Externalisierung der deutschen Asylpolitik. Es ist zu befürchten, dass rechtsstaatliche Kriterien, wenn überhaupt, nur noch eine untergeordnete Rolle spielen werden.

- Europa, aber auch Nachbarstaaten werden immer häufiger von Festungszäunen gegen Flüchtlinge durchzogen. Dies führt zu immer mehr Dramen, aber nicht dazu, dass Flüchtlinge sich von der Flucht abhalten lassen. Als Folge müssen die Flüchtenden unter völlig menschenunwürdigen Verhältnissen leben. Wie oft haben wir in der letzten Zeit hören müssen, dass Flüchtlinge auf der Balkanroute zusammengebrochen sind oder wegen Unterkühlung in Krankenhäuser gebracht wurden. Wollen wir das weiter verantworten?

Hier nur folgende Beispiele für weitere Grenzzäune in Kürze: Grenzzaun im Norden Marokkos an der Grenze zu Algerien, finanziert durch die EU; Grenzzaun in Ungarn, Grenzzäune zwischen der Türkei und Bulgarien bzw. Griechenland, Grenzzäune in Mazedonien und Slowenien bzw. auch die Planung eines Grenzzaunes in Österreich. Nicht zu vergessen die Zäune Amerikas zur Abschottung gegen Mittel- und Südamerika.

Die Zäune der Abschottung in Europa sind um ein Vielfaches länger als der Zaun an der deutsch-deutschen Grenze. Jahrzehntlang haben deutsche Politiker den Mauerbau verurteilt. Und heute?

Wo sind heute Ihre Mahnungen? Nur einige Rechtsextreme wagen es heute zu sagen, dass Grenzzäune nur ihren Zweck erfüllen, wenn sie undurchlässig sind, und das lässt sich nur mit Schusswaffengebrauch umsetzen.

- Die Rüstungsindustrie hat längst die Grenzsicherung als lukratives Investment erkannt.

210 Millionen Euros EU-Forschungsgelder sind in den letzten Jahren in ein neues Sicherheitsprogramm

geflossen, um neue Abschottungssysteme zu entwickeln.

Die von der EU eingesetzte Beratergruppe – zahlreiche Vertreter kommen direkt oder indirekt aus der Rüstungsindustrie- hat die Grenzsicherung zum Schwerpunkt der Forschung vorgeschlagen.

Auch hier wird deutlich: Entscheidungen fallen in Hinterzimmern und nicht in parlamentarischen Gremien unter Ausschluss der Öffentlichkeit .

- Deutschland war 2013 der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. 2014 hält Deutschland nach USA, Russland und China nur noch den vierten Platz.

Gerade im Waffengeschäft ist z.B. Saudi-Arabien ein zuverlässiger und geschätzter Partner, obwohl dieses Land eines der diktatorischsten Länder der Welt ist.

Wir liefern die Waffen und Saudi -Arabien unterstützt seit Jahren Terroristen, sogar bis in jüngste Zeit den Islamischen Staat. Zum Teil mit unseren Waffen führen Saudi-Arabien und der Iran im Jemen einen erbitterten Stellvertreterkrieg.

Ich würde mich nicht wundern, wenn auch bald aus dieser Region viele Flüchtlinge nach Europa kämen.

In allen Konflikten auf dieser Erde spielen insbesondere Kleinwaffen eine enorme Rolle.

Hier ist Deutschland sogar der zweitwichtigste Exporteur der Welt. So brauchen wir uns nicht zu wundern, dass in Folge unseres Waffenexports und der Nutzung der Kleinwaffen immer mehr Menschen flüchten müssen.

Fluchtursachen bekämpfen hieße auch keine Waffen zu exportieren. In der Rüstungsindustrie sind 80.000 Menschen beschäftigt. Sie ließen sich problemlos in Deutschland in den zivilen Bereich integrieren.

- Die größeren Fluchtbewegungen nach Europa sind vor allem durch die drastischen Nahrungsmittelkürzungen in den Camps des UNHCR veranlasst worden. Es ist doch nachvollziehbar, dass Menschen weiter flüchten, wenn der Hungertod droht.

Der UNHCR finanziert sich aus Zahlungen der Staaten und von privaten Organisationen. Der Haushalt für 2015 beträgt 5,2 Milliarden Dollar. Nachdem Ende September erst 37% der zugesagten Mittel für die Syrien -Hilfe in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar eingegangen war, sah sich der UNHCR gezwungen,

die monatlichen Nahrungsmittelrationen deutlich (20%) zurückzufahren.

Wen wundert dann noch, dass die Flüchtlinge ihre Flucht fortsetzen? Deutschland ist für diese Situation sicherlich auch maßgeblich mitverantwortlich, denn die Beiträge aus Deutschland sind mit 139 Mio. USD in 2014 sicherlich nicht als üppig zu bezeichnen.

- Nun zu unserer Art des Wirtschaftens: Insbesondere der afrikanische, der asiatische Kontinent und Südamerika, die alle nicht nur reich an Kultur, sondern auch an Rohstoffen sind, werden im Rahmen der Globalisierung heutzutage oft mehr ausgebeutet als es zur Zeit des Kolonialismus der Fall war..

Jean Ziegler, der ehemalige Sonderberichterstatter der UN gegen den Hunger, beschreibt das in seinem Buch: „Der Hass auf den Westen – wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren“.

So ist z.B. Nigeria eines der rohstoffreichsten Länder unserer Erde. Die Menschen dort bis auf eine kleine Oberschicht leben in entsetzlicher Armut. Sie haben von dem Rohstoffreichtum nichts, ganz im Gegenteil.

Ihnen bleibt das völlig mit Öl verseuchte Land, das für nichts mehr zu brauchen ist und das Trinkwasser gefährdet.

Es gibt genügend Beispiele, wie Europa und Deutschland den schwarzen Kontinent ausbeuten. Die Rohstoffe werden fast immer zu Hungerlöhnen abgebaut, wobei zusätzlich Arbeitssicherheit kaum eine Rolle spielt, ganz zu schweigen von einer sozialen Absicherung.

Wir lassen z.B. unsere Textilien zu immer katastrophaleren Löhnen produzieren, nur damit wir es möglichst billig haben und unsere Unternehmer immer größere Gewinne einfahren können.

Wir zerstören den Regenwald, den die ganze Welt eigentlich dringend braucht, nur um unseren enormen Energiehunger z.B. mit Palmöl befriedigen zu können.

Wir erpressen Afrika. Damit wir mit unserer Fangflotte auch in die eigentlich für die Afrikaner reservierten Bereiche der Meere vordringen können, schämen uns aber auch nicht, widerrechtlich in deren Fanggründe einzudringen.

Den afrikanischen Fischern bleibt bei unseren hochtechnisierten Fangflotten fast nichts übrig, was sie fangen könnten. Dann wundern wir uns, wenn die Fischer den Flüchtlingen die Boote, die sie gar nicht mehr nutzen können, für die Flucht zur Verfügung stellen.

Auch beim Export verhalten wir uns keineswegs wie ein fairer Geschäftsmann. Elektroschrott, der bei uns teuer entsorgt werden müsste, schicken wir als Ware nach Afrika, wo er einfach abgekippt wird, ohne auf die Umwelt zu achten und wo vor allem Kinder versuchen, aus den Computern Wertstoffe zu gewinnen, wobei sie sich jedoch mit Schadstoffen schädigen.

Berühmt geworden ist Deutschland auch durch seinen Export von Hähnchenteilen nach Kamerun. All das, was unsere verwöhnten Zungen nicht essen wollten, ging nach Kamerun, wo zum einen die Kleinbauern zugrunde gingen, weil sie dem subventionierten Export nicht Paroli bieten konnten und zum anderen wurden viele Menschen krank, weil die Kühlkette nicht konsequent durchgehalten werden konnte.

Dank eines Boykottaufrufes in Kamerun hatte diese Art der Ausbeutung irgendwann einmal ein Ende. Das ließe sich weiter fortschreiben.

Bezeichnend ist , dass wir von den Politikern seit Jahrzehnten hören, die Fluchtursachen müssten bekämpft werden . Geschehen ist nichts. Aber wir hören auch immer wieder, wenn auch ein wenig kleinlaut, dass wir uns unsere Rohstoff- und Absatzmärkte sichern müssen, und wenn es politisch nicht geht, dann wird Deutschland und Europa diese Frage sicherlich militärisch lösen.

Ich bin gespannt, wie offen diese Fragestellung im neuen Weißbuch der Bundeswehr aufgenommen wird.

- Es gibt unterschiedliche Schätzungen, wieviel Finanzmittel mit unserer Hilfe illegal aus den Entwicklungsländern herausgeholt werden. Sie reichen von dem dreifachen der gesamten öffentlichen wie der privaten Entwicklungshilfe bis zum 10 -fachen.

Dieses Geld landet in den Steueroasen der westlichen Welt. Wenn wir dies wirksam verhindern

würden, dann wäre keine Entwicklungshilfe erforderlich.

Wir glauben, fast jeden Konflikt militärisch lösen zu müssen. Dass das fast immer in einem Desaster mit Hunderten Toten und einem enormen Ressourcenaufwand endet, haben wir zum Teil noch nicht zur Kenntnis genommen. Bei der dringend erforderlichen Aufbauhilfe nach einer militärischen Auseinandersetzung halten wir uns vornehm zurück. Wenn es sie überhaupt gibt, so steht sie im Schatten der Militärausgaben.

Wie verlogen unser System ist, zeigt sich daran, dass Länderausgaben für Abschiebungen häufig unter Entwicklungsarbeit verbucht werden. Welch ein Hohn!

Wann sind wir denn endlich bereit, 0,7% unseres Bruttosozialprodukts auszugeben für die öffentliche wirksame Entwicklungshilfe, die nicht unter der Prämisse der Förderung unserer Wirtschaft steht?

- Das neue Asylbeschleunigungsgesetz in Deutschland wird wahrscheinlich einer Überprüfung des Bundesverfassungsgerichts nicht

standhalten (Lagerpflicht, Arbeitsverbote, Leistungskürzungen).

Es zielt ab auf soziale Entrechtung, auf umfassende Exklusion und Isolation. Der Bundesminister de Maizière hofft, dass diese massiven Verschärfungen akzeptiert werden, weil er meint, dass das Bundesverfassungsgericht seine Haltung geändert haben könnte.

Hinzu kommt noch, dass die Bundesregierung damit nur zeigen will, dass sie etwas tut. Das Asylbeschleunigungsgesetz wird, obwohl es eines der Ziele ist, nicht dazu führen, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Glaubt denn wirklich jemand, dass Flüchtlinge, die dem Krieg entrinnen wollen, sich durch solche Maßnahmen davon abhalten lassen?

Schon vor Inkrafttreten dieses Gesetzes kamen z.B. im September nur 6.088 Flüchtlinge aus den neuen sicheren Herkunftsstaaten, was sich laut BAMF weiter fortgesetzt hat und was angesichts der täglichen Zuwanderung von 10.000 Flüchtlingen wirklich zu vernachlässigen ist.

Aus meiner Sicht wollte die Bundesregierung damit nur erreichen, dass für die Öffentlichkeit ihre Aktivität deutlich wird. Ergänzend sei noch erklärt, dass viele der Flüchtlinge aus der Balkanregion Roma sind, die dort massiv diskriminiert werden. Für mich ist das durchaus ein Fluchtgrund. Wäre es nicht ein wichtiger Weg zu gerechtem Frieden, einem Volk, dessen Angehörige in der Nazizeit zu Tausenden ermordet wurden und das nie eine Gutmachung erfahren hat, endlich Lebensmöglichkeiten einzuräumen?

Warum haben wir nicht den Mut, über zivile Konfliktbeseitigung eine andere, vielleicht nachhaltigere Lösung von Konflikten zu finden, wobei wir zugestehen müssen, dass wir das nicht umsonst bekommen. Wir müssten uns in einen solchen Prozesse auch selbst zumindest personell und vor allem finanziell einbringen. Abschottungen und militärische Aktionen würden damit wahrscheinlich zumeist überflüssig.

Seit mehr als 30 Jahren engagiere ich mich in der Flüchtlingsarbeit und bis auf gewisse Wellenbewegungen war es eine permanente Entwicklung des Abbaus von Menschenrechten

gegenüber Flüchtlingen. Wir sollten uns aber darüber im Klaren sein: Wir müssen hier Widerstand um der Menschlichkeit willen leisten. Wir tun das nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch, damit wir nicht in einer rücksichtslosen Ellbogengesellschaft leben müssen.